

«Israel steckt in einem Dilemma»

Nahostexperte Andreas Böhm sagt, wie es nach der Tötung des Hamas-Chefs und den iranischen Drohungen nun weitergehen könnte.

Michael Wrase

Die Lage im Nahen Osten scheint so gefährlich wie seit fünfzig Jahren nicht mehr. Mit welcher Form von iranischer Vergeltung ist jetzt zu rechnen?

Andreas Böhm: Irans Religionsführer Ali Khamenei hat von direkter Vergeltung gegen Israel gesprochen, es aber offen gelassen, ob diese Vergeltung direkt gegen israelische Gebiete ausgerichtet ist. Theoretisch könnte sie sich auch gegen israelische Institutionen, also Botschaften, richten.

Meint es Khamenei tatsächlich ernst?

Das ist anzunehmen. Die Frage, die sich jetzt stellt, ist, ob es wieder so eine choreografierte Aktion gibt wie im April, als die Iraner in Israel wohl ganz bewusst keinen grösseren Schaden anrichten wollten. Oder ob die Iraner dieses Mal mit ihren Raketen Israel richtig wehtun wollen.

Was wäre der wichtigste Grund für eine iranische Vergeltung? Bloss wegen Ismail Hanijas Tod wird Khamenei doch keinen neuen Nahostkrieg starten, oder?

Die Interessenslage der Iraner ist relativ klar. Wenn sie eines nicht wollen, dann ist es ein neuer regionaler Krieg. Und wegen der Hamas würden sie normalerweise auch kein Risiko eingehen. Das Problem ist aber ein ganz anderes: In Teheran wurde am Mittwoch ein hochrangiger Gast nach der Amtseinführung des iranischen Präsidenten in einer offiziellen Residenz ermordet. Diese Blamage können die Iraner nicht auf sich sitzen lassen.

Es geht also um die Wiederherstellung der eigenen Glaubwürdigkeit gegenüber



Irans Religionsführer Ali Khamenei (vorne) beim Trauergebet für den getöteten Ismail Hanija. Bild: EPA



Nahost-Experte Andreas Böhm von der Universität St. Gallen.

Bild: zvg

den Verbündeten im Nahen Osten?

Genau. Und um eine gewisse Abschreckung wiederherzustellen. Es ist ja letztendlich die ganz grundlegende Funktion eines Staates, dass er innerhalb seiner

Grenzen für Sicherheit sorgt. Und wenn ein Staat dazu nicht in der Lage ist, hat er ein ganz massives Legitimationsproblem. In dem Sinne braucht es eine performative abschreckende Wirkung, um zu verhindern, dass nicht der Eindruck entsteht, dass Israel und der Mossad auf iranischem Staatsgebiet machen können, was sie wollen. Obwohl dies faktisch wohl zutrifft.

Was erhofft sich die Regierung Netanyahu in Israel von der gezielten Tötung ihrer Erzfeinde?

Im Prinzip sind diese israelischen Operationen der Versuch, taktische Erfolge zu erzielen, weil man genau weiss, dass man strategisch in einem Dilemma steckt.

Welches strategische Dilemma meinen Sie?

Strategisch hat Israel seit dem 7. Oktober enorm verloren, sei es in der Wahrnehmung in der Region und in der Weltöffentlichkeit, sei es – im Besonderen – in den Beziehungen zu den USA. Die Unterstützung ist nicht mehr unbedingt. Sowohl Kamala Harris als auch Donald Trump haben Netanyahu bei seinem letzten USA-Besuch zu verstehen gegeben, dass er unter ihrer Amtsführung an einer weitaus kürzeren Leine geführt würde als wie gegenwärtig unter Biden. Das heisst: Für Netanyahu gibt es jetzt noch ein gewisses Zeitfenster, um zu agieren, das sich dann im November schliessen wird.

Welche Auswirkungen wird der Tod von Hanija für die Waffenstillstandsverhandlungen in Gaza haben?

Diese Gespräche befanden sich ohnehin in der Sackgasse. Das

Iran-Angriff befürchtet

Vor einem befürchteten iranischen Angriff auf Israel ist die GPS-Nutzung in grösseren Teilen Israels gestört worden. Betroffen seien nicht mehr nur grenznahe Gebiete zum Libanon, sondern auch bevölkerungsreiche Regionen im Zentrum des Landes, berichtete die Zeitung «Times of Israel». Das Positionsbestimmungssystem dient auch Drohnen, ihr Ziel zu finden. Israel ist in höchster Alarmbereitschaft, nachdem der Iran Vergeltung für die gezielte Tötung des Hamas-Chefs Ismail Hanija angedroht hat. Schon vor dem iranischen Grossangriff im April hatte die israelische Armee mitgeteilt, dass sie das satellitengestützte Positionsbestimmungssystem gezielt gestört habe. Auf eine Anfrage zur neuerlichen GPS-Störung antwortete die Armee nun: «Kein Kommentar». (dpa)

entscheidende Element ist, dass die Amerikaner jetzt Druck auf Netanyahu machen, um wirklich zu einem Waffenstillstand zu kommen. Hanija hatte bei diesen Gesprächen nicht mehr als eine Briefträgerfunktion. Die wichtigsten Entscheidungen wurden in den Tunneln von Gaza durch Yahia Sinwar getroffen.

Auch die Hisbollah wird den Tod ihrer Nummer zwei, Fuad Schukr, nicht einfach hinnehmen. Sie haben in letzter Zeit den Libanon häufig besucht. Was wissen Sie über die Stimmung innerhalb der Hisbollah?

Die Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah steckt in einem Dilemma. An der Basis wird der Druck, grossen Worten auch Taten folgen zu lassen, immer stärker. Gleichzeitig steckt die

Hisbollah in einer Zwangslage, was die Situation im Libanon betrifft. Das Land hängt sowie so an einem seidenen Faden über dem Abgrund. Wenn es jetzt zu einem grösseren Krieg käme und grössere Teile der libanesischen Infrastruktur zerstört würden, zöge man die Hisbollah zur Verantwortung, das Land in den Abgrund gestossen zu haben.

Was die Bewaffnung der Hisbollah angeht, geistert immer die Zahl von 150 000 Raketen und Drohnen herum. Das wäre ein gewaltiges Arsenal. Gibt es verlässliche Angaben über die militärischen Möglichkeiten der Hisbollah?

Es gibt seitens des israelischen Sicherheits-Establishments Szenarien, die davon ausgehen, dass die Hisbollah in der Lage wäre, über zwei oder drei Wochen jeden Tag eine vierstellige Zahl von Raketen abzufeuern, wodurch das israelische Luftverteidigungssystem Iron Dome über die Grenzen der Kapazität ausgereizt würde.

Und dann?

Selbst wenn Israel den Libanon dann in die Steinzeit zurückbomben würde, wie der israelische Verteidigungsminister vor einigen Wochen angekündigt hat, würde das an der Ausgangslage nicht so viel ändern: Israel wäre auch dann nicht in der Lage, die Hisbollah längerfristig zu eliminieren.

Wie gross ist die Gefahr, dass im Falle einer Eskalation auch die USA hineingezogen würden?

Joe Biden hat Netanyahu bisher keine roten Linien gesetzt. Die USA könnten da viel konsequenter agieren. 1982 hatte die Drohung, die Waffenlieferungen einzustellen, zum Ende der Belagerung von Beirut geführt.

Gewalt in britischen Städten – Starmer verurteilt Hotel-Angriffe

Wieder gibt es heftige Krawalle und Zusammenstösse zwischen Rechtsextremen und der Polizei sowie Gegendemonstranten.

Grossbritannien kommt nicht zur Ruhe. Bei Protesten von Rechtsextremen ist es auch am Sonntag zu neuen Szenen der Gewalt gekommen. Im nord-englischen Rotherham versuchten teils Vermummte, ein Hotel zu stürmen, das sie für eine Asylunterkunft hielten. Bilder des Nachrichtensenders Sky News zeigten, wie Polizisten sich mühten, den Mob zurückzudrängen. Zu sehen war, wie eine Kette aus Beamten mit Schutzschilden sich einem Hagel von Wurfgeschossen entgegenstellte. Holzstücke, Stühle, Feuerlöcher und andere Gegenstände flogen in die Richtung der Polizisten.

Ein kleines Feuer brannte, Fenster des Gebäudes waren eingeschmissen. Mindestens ein Bereitschaftspolizist wurde verletzt weggetragen. Ein Polizei-

hubschrauber kreiste in der Luft. Letztlich gelang es den Sicherheitskräften, die Lage einigermaßen unter Kontrolle zu bringen.

Premierminister Keir Starmer verurteilte die Ausschreitungen scharf. Es handele sich bei den Aktionen um «rechtsextremes Rowdytum», nicht um Proteste, sagte Starmer. Man werde alles Mögliche tun, «um diese Schläger zur Rechenschaft zu ziehen». Zudem wandte sich Starmer direkt an Verdächtige und Drahtzieher hinter den Ausschreitungen. «Ich garantiere euch, dass ihr es bereuen werdet, an diesen Unruhen teilgenommen zu haben, ob direkt oder jene, die zu diesen Aktionen online aufstacheln und selbst dann wegrennen.» Es gebe keinerlei Rechtfertigung

für diese Aktionen. Schon am Samstag kam es an zahlreichen Orten in Grossbritannien zu heftigen Krawallen, die offenbar

von einem tödlichen Messerangriff auf Kinder ausgelöst worden waren, die im Küstenort Southport an einem Tanzkurs



Polizisten stellen sich Randalierern in der englischen Stadt Rotherham in den Weg: Nach Falschmeldungen über die Bluttat von Southport brechen in ganz Grossbritannien Randalie aus. Bild: Danny Lawson / AP

teilnahmen, der als Taylor-Swift-Mottoevent beworben worden war. Drei Mädchen im Alter von sechs, sieben und acht Jahren kamen bei der Attacke am vergangenen Montag ums Leben, acht Kinder und zwei Erwachsene wurden verletzt. Ein 17-Jähriger wurde als Tatverdächtiger festgenommen und des dreifachen Mordes sowie zehnfachen versuchten Mordes beschuldigt.

Fake News über den Täter im Umlauf

Falschmeldungen im Internet über die Identität des jungen Mannes fachen offenbar die Wut unter Anhängern ultrarechter Ideologien an. So kursieren etwa Gerüchte, wonach es sich bei dem mutmasslichen Täter um einen Muslim und Asylbewerber

handele. Laut der Polizei wurde er in Wales geboren, seine Eltern stammen aus Ruanda. Angaben zu seiner Religionszugehörigkeit lagen nicht vor. Verdächtige unter 18 Jahren werden eigentlich im Königreich nicht identifiziert, doch ordnete der zuständige Richter überraschend an, dessen Namen zu nennen, um unter anderem der Verbreitung von falschen Informationen entgegenzuwirken.

Doch ebten die Krawalle nicht ab. An zahlreichen Orten spielten sich am Samstag Szenen der Gewalt ab – von der nordirischen Hauptstadt Belfast über Liverpool im Nordwest-England bis Bristol im Südwesten. Die Merseyside Police meldete etwa, dass sich rund 300 Personen an Ausschreitungen in Liverpool beteiligt hätten. (dpa)